

POSITIONSPAPIER DER FDP-FRAKTION: CHANCEN DER ALTRUISTISCHEN ORGANLEBENDSPENDE NUTZEN – SPENDEN AUCH IN DEUTSCHLAND ERLEICHTERN

Viele Menschen, die auf der Warteliste für eine Organtransplantation stehen, warten vergeblich. 933 postmortalen Organspendern im Jahr 2021 standen nur 869 im Jahr 2022 gegenüber – der niedrigste Wert der vergangenen fünf Jahre. Dass deutlich weniger Organe gespendet als benötigt werden, ist nicht neu. Für Menschen, deren Überleben von einem Ersatzorgan abhängt, ist oft jahrelanges Bangen die Regel. Aus Sicht der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag ist es daher richtig, dass die Frage, wie eine Erhöhung der freiwillig gespendeten Organe erreicht werden kann, den Deutschen Bundestag bereits intensiv beschäftigt hat und Strukturen in Entnahmekliniken angepasst wurden. Zusätzlich haben Parlament wie Gesellschaft umfassend über eine grundsätzliche Neuausrichtung der postmortalen Organspendepraxis diskutiert und dem Thema damit dringend notwendige Aufmerksamkeit geschaffen.

Was bisher aus Sicht der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag in der Debatte um die Erhöhung verfügbarer Spenderorgane völlig vernachlässigt worden ist, ist das enorme Potenzial der Organlebendspende. Die Regelungen des deutschen Transplantationsgesetzes setzen dieser im internationalen Vergleich sehr enge Grenzen. Das führt dazu, dass bedürftige Empfänger, die eigentlich die Chance auf ein durch einen Lebendspender gespendetes Organ hätten, hierzulande weiterhin auf den Wartelisten verharren und mit anderen Wartenden um verfügbare postmortal gespendete Organe konkurrieren müssen.

Wir wollen das nicht hinnehmen und auch in Deutschland eine Liberalisierung der altruistischen Lebendspende erreichen. Denn Lebendspenden retten Leben! Für eine Reform sehen wir mehrere Ansätze, deren Umsetzung wir vorantreiben werden.

Grundsätzliche Subsidiarität der Lebendspende abschaffen

Das im Transplantationsgesetz festgeschriebene Subsidiaritätsprinzip erfordert gegenwärtig, dass eine mögliche postmortale Spende stets der Lebendspende vorzuziehen ist – auch wenn von einer nahe stehenden Person ein Organ gespendet würde und obwohl bei der Lebendspende die Überlebensraten des Empfängers höher sind als bei der Transplantation des Organs eines Verstorbenen. Für den Empfänger muss also auch dann zunächst ein postmortal gespendetes Organ gesucht werden, wenn dieser bereits einen potenziellen Lebendspender hätte, der uneigennützig und freiwillig helfen will und das, obwohl bei Lebendspenden eine nachweislich bessere Verträglichkeit besteht. Gleichzeitig kann kein anderer Patient von dem aufgrund der postmortalen Spende zur Verfügung stehenden Organ profitieren. Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag sehen diese Regelung als widersinnig an. Daher wollen wir den Grundsatz der Subsidiarität der Lebendspende ersatzlos streichen.

Überkreuz-Lebendspenden zwischen Paaren ermöglichen

Die sogenannte Überkreuzspende ermöglicht zwei Paaren die wechselseitige Transplantation, wenn sie zum Beispiel aufgrund von Blutgruppenunverträglichkeit nicht dem jeweils eigenen Partner, wohl aber dem Partner eines anderen einen Teil der Leber oder eine Niere spenden können. Deutschland hinkt anderen europäischen Ländern, was diese Möglichkeit angeht, weit hinterher, denn hierzulande erfordert das Transplantationsgesetz ein Näheverhältnis zwischen Spender und Empfänger, das bei Überkreuzspenden oft nicht besteht. Verzweifelte Paare weichen deshalb ins Ausland aus, wo es diese Anforderung nicht gibt, sie sich aber mit astronomischen Eigenkosten konfrontiert sehen. Aus Sicht der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag ist es absurd, dass der deutsche Staat seine Bürger daran hindert, sich gegenseitig zu helfen. Überkreuz-Lebendspenden retten gleich zwei Menschenleben und nehmen obendrein Druck von den ellenlangen Wartelisten. Wir wollen daher vom europäischen Ausland lernen, wo altruistischen Spendern deutlich weniger Steine in den Weg gelegt werden und die Überkreuz-Lebendspende auch in Deutschland zulassen.

Anonyme Lebendspenden in Organpools zulassen

Es gibt Menschen, die sich aus altruistischen Motiven zu einer Lebendspende entscheiden möchten, um keiner spezifizierten Person, sondern einem ihnen unbekanntem bedürftigen Empfänger das Leben zu retten. Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag haben größten Respekt vor einem solchen Akt des Altruismus und wollen potenziellen Spendern dabei keine Steine mehr in den Weg legen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die gesetzlichen Regelungen des Spenderkreises im Falle von Lebendspenden dahingehend anzupassen, dass auch eine altruistische, nicht-gerichtete Organlebendspende in einen Organpool rechtlich zulässig ist, aus dem anonym gespendete Organe an bedürftige Empfänger vermittelt werden. Vorbildhaft ist, dass derartige nicht-gerichtete Lebendspenden in Ländern wie dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden, Spanien oder auch den USA nicht selten sogenannte Lebendspendeketten initiieren, bei denen anfangs eine solche Spende steht, in deren Folge mehrere Spender-Empfänger-Paare beteiligt sind, sodass letztendlich auch mehrere Empfänger mit einem Spenderorgan versorgt werden können.

Beteiligte umfassend schützen und Vermittlung digital gestalten

Für uns Freie Demokraten im Deutschen Bundestag steht die Rettung von Menschenleben im Zentrum dieser Forderungen. Dabei haben der verfahrensmäßige Schutz von altruistischen Lebendspendern und Empfängern sowie die wirksame Vorbeugung von Organhandel für uns höchste Priorität. Wir sind der tiefen Überzeugung, dass der altruistische Akt der Organlebendspende im Einzelfall auch ohne bestehendes Näheverhältnis oder gewünschte gegenseitige Bekanntschaft von Spender und Empfänger diese Bedingungen erfüllen kann. Insbesondere vor dem Hintergrund des bereits vom Deutschen Bundestag beschlossenen digitalen Organspenderregisters bietet sich nicht nur die Chance, Medizinern wie Angehörigen in emotionalen Ausnahmesituationen Klarheit über den Willen des Verstorbenen zu verschaffen.



Auch ein anonymes „Matchmaking“ zwischen Lebendspendern und Empfängern kann aus unserer Sicht über ein solches Register strukturiert organisiert werden. Unter anderem deshalb setzen wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag uns nachdrücklich dafür ein, dass dieses Register schnellstmöglich in Betrieb genommen wird.